



Walter Nussel (MdL) setzt sich auch für die Belange der Marktkaufleute und Schausteller ein

Beauftragter für Bürokratieabbau der Staatsregierung, Walter Nussel (MdL), nimmt auch die Anregungen der bayerischen Marktkaufleute und Schausteller in seinem Arbeitsauftrag auf.

Im Rahmen des Termins der IHK von Mittelfranken zum Thema „Bürokratieabbau mit Walter Nussel (MdL)“ konnten unter anderem auch die Probleme der Marktkaufleute und Schausteller angesprochen werden. Hauptaugenmerk wurde dabei auf die DS-GVO und der Kassennachschau gelegt.

Auch für Nussel ist das Problem, das ihm BLV-Landesgeschäftsführer Wild schilderte, ersichtlich, dass viele Vorträge über DS-GVO nicht lebensnah und praxisgerecht erfolgen. Seitens Nussel wurde bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass hier noch schwerwiegende Probleme auftreten werden. Auch er musste die Erfahrung machen, dass selbst Juristen die DS-GVO nicht lebensnah den Betroffenen erklären können. Er hatte deshalb bereits ein Gespräch mit dem bayerischen Innenminister, dem Leiter der Staatskanzlei und dem Justizminister. Hier forderte er, dass die DS-GVO verständlicher sein muss und überzogene Regelungen, die mit der EU nichts zu tun haben, herausgenommen werden müssen. Seit letzter Woche ist nun der bayerische Weg zur DS-GVO auf der Homepage des Innenministeriums zu finden. Um hier noch effizienter arbeiten zu können, forderte Nussel die IHK und die Verbände auf, ihm die Erfahrungswerte von der Basis zu übermitteln. Für Thomas Kranig, Präsident des Bayerischen Landesamts für Datenschutzaufsicht wollte Wild noch die Lanze brechen. Wild hatte vor ein paar Tagen an einer Informationsveranstaltung zum Thema DS-GVO teilgenommen. Referent war Herr Kranig, der die Informationsinhalte sehr praxisgetreu den Teilnehmer vermittelte. Er hat sich nicht an ein Schema festgebissen, sondern hat viele Punkte in einem Spiel zwischen Vortrag, Fragen und Antworten mit den Anwesenden klären können. Zwei Probleme, die Wild bei diesem Vortrag aufgefallen sind, sind das EU-Urteil über Fanseiten und Whatsapp. Bei den Fanseiten soll nun auch der Betreiber haftbar für die Datenabfragen von Facebook sein. Diese Abfragen kann der jeweilige Fanbetreiber weder beeinflussen noch abschalten und er weiß gar nicht, was wirklich abgefragt wird. Wie will dieser hier der DS-GVO gerecht werden? Was Wild weiterhin beschäftigte ist, dass Whatsapp alle Kontaktdaten eines Geschäftshandys abrufen. Auch hier hat der einzelne keine Möglichkeit dieses zu unterbinden. Dadurch ist es gegeben, dass Kontaktdaten einer Person, die nichts mit Whatsapp zu tun haben möchte, dennoch bei dieser Firma landen. In der Praxis unhaltbar für jeden einzelnen.



Von links: Karola Schulze, Jürgen Wild, Walter Nussel (Beauftragter für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung), Gerlinde Wanke (Leiterin Steuerabteilung der Nürnberger Beteiligungs-AG, Nürnberg sowie Vorsitzende des Rechts- und Steuerausschusses der IHK Nürnberg), Markus Löttsch (Hauptgeschäftsführer IHK Mittelfranken), Wolfgang Janowiak (IHKG Schwabach), Dr. Udo Raab (Leiter Geschäftsbereich Standortpolitik und Unternehmensförderung), RA Oliver Baumbach (stv. Hauptgeschäftsführer).

Nussel konnte weiterhin berichten, dass ein Leitfaden für digitale Kassen auf den Weg gebracht wurde. Anhand eines Praxisbeispiels einer Metzgerei will er aufzeigen, welche Prüfverfahren hier zutreffen. Nach seiner Einschätzung werden diese bei 20 bis 25 sein. Hier möchte er dieses anders steuern und damit dem Unternehmer die Angst vor eventuellen Fehlern nehmen. Gerlinde Wanke (Leiterin Steuerabteilung der Nürnberger Beteiligungs-AG, Nürnberg sowie Vorsitzende des Rechts- und Steuerausschusses der IHK Nürnberg) sieht auch ein Problem bei den Gutscheinen. In einer Metzgerei mit Wirtschaft kommt es schon vor, dass Gutscheine in beiden Bereichen eingelöst werden. Hierbei sind die beiden Mehrwertsteuersätze nicht unerheblich und das Personal ist gefordert dieses richtig einzubuchen. Bei Verkauf von Essen über die Straße sind 7% und bei Verzehr an Ort und Stelle 15% fällig. Für Wild ist hier die Forderung der DEHOGA und deren Geschäftsführer Dr. Thomas Geppert ein richtiger Weg, Essen grundsätzlich mit 7% zu besteuern. Auch für den Markthandel und den reisenden Festgastronomen kann hierdurch die Bürokratie erleichtert werden.

Zwei weitere Fallbeispiele, wie schwierig es in der Praxis sein kann, konnte Wild noch vortragen. So

kam ein Beamter auf die Idee, Karussellfahrten als Dienstleistungen einzustufen. Demnach muss, nach seiner Auffassung, aufgrund des MwSt.-Gesetzes nachgewiesen werden, wer der Kunde ist. In einem anderen Fall in Rosenheim wurde dieses einer Schießbude auferlegt. Beide Fälle konnten durch den BLV zur Zufriedenheit der Mitglieder gelöst werden, welches aber mit einer zusätzlichen Bürokratie verbunden war. Gerade solche Einzelfallbeispiele benötigt Nussel für seine Arbeit. Er bittet deshalb darum, solche Fälle zeitnahe bei ihm einzureichen.

Das Präsidium des Bayerischen Landesverbands der Marktkaufleute und der Schausteller bedankt sich bei Beauftragter für Bürokratieabbau der Staatsregierung, Walter Nussel (MdL) für das gute und informative Gespräch bei der IHK-Nürnberg für Mittelfranken. Bei der IHK Mittelfranken für die Einladung zu diesem Gespräch.

(BLV-Pressestelle: JW/Foto: IHK) ■



**Bayerischer Landesverband
der Marktkaufleute
und der Schausteller e.V.**



Gollierstraße 7
80339 München
Telefon 089-54 07 28 67
Fax 089-54 07 28 66
Internet: www.blvonline.de
E-Mail: blv-leitung@gmx.de

Wie lässt sich Bürokratie abbauen?

Austausch mit MdL Walter Nussel

Meldepflichten reduzieren, Dokumentation vereinfachen, Mehrwertsteuersätze vereinheitlichen: Das sind mögliche Aspekte des Bürokratieabbaus, die Vertreter der IHK Nürnberg für Mittelfranken in einem Fachgespräch mit MdL Walter Nussel, dem Beauftragten für Bürokratieabbau der Bayerischen Staatsregierung, erörterten.

Der bürokratische Aufwand sorgt in den Unternehmen für viel zusätzliche Arbeit und Mehrkosten, so vor Kurzem das Ergebnis einer IHK-Umfrage unter 550 Unternehmen, die sich im Ehrenamt der IHK engagieren. Als besonders belastend finden sie die vielen Dokumentationspflichten im Steuer- und Arbeitsrecht sowie die zahlreichen statistischen Meldepflichten. Gerlinde Wanke, Leiterin der Steuerabteilung der Nürnberger Versicherung und Vorsitzende des IHK-Fachausschusses Recht und Steuern, nannte als Beispiele u.a. die umfangreichen Vorschriften zur Dokumentation von Arbeits- und Pausenzeiten sowie zum Einsatz von Zeitarbeitskräften. Auch die neue Datenschutzgrundverordnung und die Unsicherheit darüber, wie man mit Kundendaten rechtssicher umgeht, wurden bei der IHK-Umfrage von fast allen Befragten als zusätzliche Belastung aufgeführt.

Viele Betriebe des Einzelhandels und der Gastronomie klagten auch über nicht nachvollziehbare Regelungen und Dokumentationspflichten bei der Mehrwertsteuer. Eine Kombination aus umsatz- und ertragsteuerlichen sowie baurechtlichen Problemen erschwert zudem die Errichtung von Werkwohnungen. Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt bieten sie für viele Unternehmen eine ausgezeichnete Möglichkeit, um Fachkräfte zu gewinnen und an den Betrieb zu binden. Durch die erleichterte Errichtung von Werkwohnungen könnten zudem Leerstände in den Innenstädten

reduziert sowie Investitionen speziell auch in ländlichen Räumen angeregt werden.

Bei dem Treffen mit Walter Nussel wurde konkret Bezug genommen auf die Bürokratielasten, die von den Unternehmern in der IHK-Umfrage als besonders ärgerliche Erschwernisse genannt wurden. Der Politiker rief die Wirtschaft dazu auf, ihm jederzeit anhand von konkreten Praxisbeispielen weitere bürokratische Lasten mitzuteilen, und versprach, die Verantwortlichen aus allen Behörden und Ministerien zusammenzubringen, um einfachere und verständliche Lösungen vorzulegen.

Die IHK und Nussel wollen gemeinsam insbesondere die Notwendigkeit von statistischen Meldepflichten überprüfen: Sind bestimmte statistische Meldungen entweder völlig verzichtbar oder könnten sie auch in längeren Intervallen erhoben werden? Welche Erhebungen könnten bei kleinen und mittleren Unternehmen völlig entfallen oder mit kleineren Stichprobenumfängen erhoben werden? Aufgreifen will Nussel beispielsweise den Umstand, dass für die EU-Intrahandelsstatistik für jedes einzelne Produkt ein eigenes Formular nötig ist, anstatt Produktgruppen zusammenzufassen.

Walter Nussel verwies bei seinen Ausführungen auch auf einen aktuellen Ministerratsbeschluss, zu dem er selbst den Vorschlag eingebracht habe. Demnach wird die Staatsregierung künftig in geeigneten Fällen staatliche Regelungen und Vollzugshilfen vor ihrem Inkrafttreten gemeinsam mit ausgewählten Unternehmen einem besonderen Praxis-Check unterziehen und in einem Testlauf erproben. Auf diese Weise sollen Probleme, die sich in der Praxis ergeben würden, rechtzeitig erkannt und gegebenenfalls noch behoben werden.

(Pressemeldung IHK Nürnberg) ■

Vorläufiger Ablaufplan des 38. Bundesverbandstags vom 14. bis 16. Januar 2019 in Berlin

Datum	Zeit	Veranstaltung
Montag, 14. Januar	09:00 Uhr	Gesamtvorstand/GREA
	11:00 - 12:00 Uhr	Rede Bundesfinanzminister Olaf Scholz
	14:00 Uhr	Fachbereiche gesamt
Dienstag, 15. Januar	09:00 - 12:00 Uhr	Fachbereiche einzeln
	13:00 - 17:00 Uhr	Plenum
Mittwoch, 16. Januar	09:00 - 13:00 Uhr	Plenum
	14:00 - 15:00 Uhr	Pressekonferenz

(Stand: 20. August 2018, Änderungen vorbehalten)

Hotel

Abrufkontingent im Novotel Berlin Mitte, Fischerinsel 12, 10179 Berlin
Telefon: 30 20674-103 Fax: 30 20674-111 E-Mail: H3278-RE@accor.com

ZIMMERRESERVIERUNG

Stichwort: „BVT 2019“ vom 13.01.2019 bis 17.01.2019. Die Zimmer aus dem vorreservierten Kontingent sind buchbar bis zum 16.12.2018 und können bis drei Tage vor Anreise kostenfrei storniert werden.

Einzelzimmer zu € 80,00 pro Zimmer/Nacht
inkl. Frühstück

Doppelzimmer zu € 90,50 pro Zimmer/Nacht
inkl. Frühstück

Für die Buchung und Garantie dieser Rate ist die Angabe der Kreditkartennummer mit Gültigkeitsdatum unbedingt erforderlich. Im Falle einer nicht rechtzeitigen Stornierung oder einer Nichtanreise werden 90% des Gesamtaufenthalts fällig und von der Kreditkarte belastet. Stand. 1. Juni 2018.

(BSM-Pressinformation) ■

Hyundai – Rabatte 3. Quartal

Für Sondermodelle und nicht in der Liste genannte Modelle wird kein Nachlass über den Rahmenvertrag gewährt.

Modell	Nachlass in %
i10 Facelift	25
i20 facelift (MJ2018)	25
i30 New	23
i40 Facelift	29
Kona	17
Kona Elektro	15
H-1 Facelift	23
H-1 Cargo	23
Tucson alle Diesel & Allrad Benzin	20
Tucson Frontantrieb, Benziner	18
Santa Fe	23
Grand Santa Fe	23
IONIQ Hybrid	19
IONIQ Hybrid, Elektro & - Plug-in Hybrid	16
H350 Cargo	42

(Angaben ohne Gewähr)

Bitte unbedingt beachten! Der Nachlass wird nur gewährt, wenn unter anderem das Fahrzeug nicht vor Ablauf von sechs vollen Kalendermonaten und einer Mindestlaufleistung von 3.000 km weiterveräußert oder ab- oder umgemeldet wird.

(BSM-Pressinformation)

Aktuelle Ssangyong Rabatte

Auf den Netto-Verkaufspreis für Neufahrzeuge folgender Modelle:

Modell	Nachlass in %
Korando, Rexton,	20
Actyon Sports, Rodius	18
Tivoli, XLV	16
Rexton (4. Generation – MY 18)	12
Musso (neu!)	12

(Angaben ohne Gewähr)

Ab Auslieferungslager, inkl. werkseitig ab Auslieferungslager eingebauten Optionen und Zubehör. Überführungs-, Zulassungs- und weitere Kosten sowie Zubehörbauten des SsangYong-Vertragshändlers sind vom Nachlass ausgenommen.

Der Nachlass gilt ausschließlich nur für erstmals zugelassene und von SsangYong vertriebene SsangYong-Neufahrzeuge (ausgenommen Ausführung Crystal), die mindestens 6 Monate ununterbrochen vom Verband bzw. dem Kunden für eigene Zwecke genutzt und während dieser Zeit weder veräußert, weitervermietet oder verliehen werden. Es gelten die Vertragsbedingungen des verkaufenden SsangYong-Vertragshändlers. Ausgenommen hiervon sind Fahrzeuge, die wegen Totalschadens oder anderer vom Verband/dem Kunden nicht zu vertretende Umstände vor Ablauf von 6 Monaten ausgetauscht werden müssen. Der Käufer wurde davon in Kenntnis gesetzt, dass der gewährte Nachlass bei nicht zweckgebundenem Einsatz bzw. bei Nichteinhaltung der Haltedauer zurückgefordert wird.

Interessiert? Berechtigungsschein bitte bei der Hauptgeschäftsstelle des BSM anfordern!

(BSM-Pressinformation)